Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 328. **Freitag** den 23. November 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf höhere Anordnung wird, nachdem das Landes-Medicinal-Collegium sich gutachtlich dahin geäußert hat, daß durch Hypnotisirung für die diesem Vorgang unterworfenen Personen in verschiedenen Richtungen Nachtheile und Gefahren, insbesondere auch erhebliche Gesundheitsschädigungen erwachsen können, hierdurch verfügt, daß in Zukunft auch in hiesiger Stadt die Veranstaltung öffentlicher hypnotischer Vorstellungen verboten ist.

Zuwiderhandelnde werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haft bestraft.

Leipzig, am 10. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 2177. Dr. Georgi. Dr. Kruppendorff.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage haben wir auch Herrn Schänkwirth **Wetzig, Dienerer Weg 1,** den Verkauf von Quittungszetteln über Entrichtung der Gebühr für die Benutzung der öffentlichen Schuttablageplätze übertragen, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 17. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4599. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar.

Bekanntmachung.

Diejenigen unserer Mitbürger, welche Arme mit Holz- und Kohlenzetteln zu unterstützen beabsichtigen, können letztere wiederum käuflich bei unserem Armenamte erhalten. Dieselben lauten auf einen Korb Holz, 1/14 Kubikmeter haltend, bez. auf einen halben Hektoliter Brechsteinkohlen oder einen halben Hektoliter Böhmische Stückkohlen und können Verwendung finden bei den auf der Rückseite aufgedruckten Lieferanten, bez. bei deren umfahrenden Geschirren.

Der Preis dieser Anweisungen beträgt 90 ₰ für Holz und 1 ℳ, bez. 65 ₰ für Kohlen das Stück.

Leipzig, den 17. November 1888.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 27. November a. c., Vormittags 9 Uhr, sollen auf der Lindenauer Chaussee die daselbst geschlagenen Pappeln, bestehend in geschnittenen Rollen und Reißhaufen, an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhre öffentlich versteigert werden.

Zusammenkunft: am ehemaligen Thorhause.

Leipzig, den 22. November 1888.

Des Raths der Stadt Straßenbaudeputation.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 21. August d. J., den Maler und Handarbeiter Friedrich Eduard Rost aus Connewitz betr., durch dessen freiwillige Gestellung.

Leipzig, am 21. November 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Gymkr.

Nichtamtlicher Theil.

Neue Skandale in Frankreich.

Die Anklagen des Abgeordneten Numa Gilly gegen die Mitglieder der Budgetcommission ziehen täglich weitere Kreise. Der Proceß in Nismes bildete nur die Einleitung zu den Skandalen, welche sich theils schon daraus ergeben haben, theils noch folgen werden. Der Proceß selbst hat bis auf die Freisprechung Gilly's einen durchaus regelrechten Verlauf genommen, denn selbstverständlich konnte sich die Verhandlung nicht auf alles Mögliche erstrecken, sondern mußte auf den Gegenstand des Processes beschränkt bleiben, und diesen bildete die Klage Andrieux gegen Gilly wegen verleumderischer Beleidigung. Als Gilly erklärt hatte, daß seine Angriffe sich nicht auf Andrieux bezogen, und dieser in Folge dessen die Klage zurückgenommen hatte, war dem Proceß der Boden entzogen, das Verfahren hätte eingestellt werden müssen. Statt dessen erfolgte die Freisprechung Gilly's, die nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht möglich war, denn, „wo kein Kläger, da ist auch kein Richter", und eine Freisprechung enthält ein richterliches Urtheil.

Durch die Vorladung von 13 Mitgliedern der Budgetcommission als Zeugen in dem Proceß Andrieux gegen Gilly ist aber für diese Zeugen die moralische Verpflichtung entstanden, sich gegen die von Gilly erhobenen Beschuldigungen gegen die Mitglieder der Budgetcommission zu verantworten, und demgemäß hat der ehemalige Finanzminister Raynal Gilly die Frage vorlegen lassen, ob die Behauptung, daß die Mitglieder der Budgetcommission von den Privateisenbahngesellschaften 14 Millionen empfangen hätten, sich auch gegen ihn richte, und für den Bejahungsfall eine Forderung gestellt. Inzwischen hat Gilly eine Schrift veröffentlicht, für welche ihm Wilson, der Schwiegersohn Grevy's, das Material geliefert hat, und nach der Rückkehr Gilly's von Nismes wird in Paris eine Versammlung stattfinden, in welcher neue Enthüllungen von Gilly erwartet werden.

Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß Gilly bei allen diesen Skandalen nicht Veranstalter, sondern nur Werkzeug ist, seine Hintermänner sind Wilson und Boulanger, der eine liefert Beweisstücke für die Anklagen, welche Gilly aufstellt und verbreitet und der andere stellt die Mittel zur Verfügung, die erforderlich sind, um die Sache energisch zu betreiben. Rachsucht und Ehrgeiz vereinigen sich, um Frankreich in einen Grad von Aufregung und Verwirrung zu stürzen, welcher den auf Umsturz bedachten Kräften freies Spiel gewährt.

Der neue Skandal ist also im Grunde genommen nichts anderes als die Fortsetzung des Skandals Caffarel-Wilson-Limouzin auf der Gegenseite. Die Angelegenheit des Ordensschachers war von den Feinden Grevy's in Scene gesetzt worden, um Grevy zu stürzen und Wilson zu verderben, gelegentlich auch Boulanger in die Sache zu verwickeln, und jetzt rächt sich Wilson dafür, was man ihm angethan hat und Boulanger gewährt ihm seinen Beistand dazu, denn die boulangistische Presse steht auf Seiten Gilly's, das unterhöhlte Zwecken, daß Boulanger es mit ihm hält. Als Vorspiel für die allgemeinen Wahlen des nächsten Jahres konnte Schlimmeres gegen die Republik kaum ersonnen werden, denn in der Budgetcommission sitzen viele einflußreiche Persönlichkeiten, zum Theil ehemalige Minister, wie Rouvier, Raynal und Bayhaut; alle diese vertreten die republikanische Staatsform und sind deshalb die natürlichen Gegner der Monarchisten und der Anhänger der Dictatur. Daher kommt es, daß sich Cassagnac so eifrig für die Aufdauschung des Processes in Nismes interessirt hat und daß der Boulangist Susini einen Antrag mit der Tendenz stellte, angegriffene Abgeordnete und Senatoren unter allen Umständen den Gerichten zu überliefern, vor denen sie sich reinigen müssen und den Verleumder der verdienten Strafe überliefern oder sich selbst den Folgen ihrer Handlungsweise unterwerfen. Die Art und Weise, wie der Proceß Andrieux-Gilly durchgeführt worden ist, hat die Meinung unterstützt, daß die Sache todt gemacht werden solle, auch Floquet hat durch sein Eintreten für Ablehnung des Antrages Rouvier's, die als Zeugen vorgeladenen Mitglieder der Budgetcommission zu diesem Zweck zu beurlauben, das Seinige dazu beigetragen, diese Meinung zu rechtfertigen. Jetzt ist gerade das Gegentheil von dem erreicht, was Floquet erreichen wollte, die Skandalsucht der Menge ist erregt und lechzt nach Befriedigung, die angegriffenen Mitglieder der Budgetcommission befinden sich in einer ähnlichen Lage, wie ehedem Wilson, wenn auch der Ruf, in welchem sie stehen, ihnen mehr Schutz gewährt als der, welcher Wilson vorausging, als er von der öffentlichen Meinung verurtheilt und für sein Thun zur Rechenschaft gezogen wurde. Rouvier und Andrieux nebst Salis und Raynal haben sich beeilt, den gegen sie gerichteten Pfeilen der Verleumdung die Spitze abzubrechen, Rouvier durch den Hinweis auf die Thatsache, daß er nach 25jähriger Thätigkeit im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt arm geblieben sei, Andrieux, indem er Gilly vor die Schranken des Gerichts forderte, Salis durch die Erklärung, daß er unter allen Umständen nach Nismes reisen werde, um seiner Pflicht als Zeuge zu genügen und Raynal, weil er Gilly nöthigte, sich über seine Beschuldigungen bezüglich der Person Raynal's näher zu erklären, oder ihm Genugthuung zu geben.

Die Aussicht, welche der Gilly-Skandal für die Zukunft eröffnet, ist für das republikanische Frankreich in hohem Grade beschämend. Schon zur Zeit des Wilson-Skandals war es ein öffentliches Geheimniß, daß Wilson nicht der einzige Abgeordnete sei, der sich unerlaubte Vortheile verschafft habe, die öffentliche Meinung bezeichnete eine große Anzahl von Personen, die sich in gleichem Falle befänden. Dann kam Boulanger mit seinen Angriffen gegen die Opportunisten, welche er beschuldigte, die Gesammtinteressen ihren persönlichen Interessen unterzuordnen, und als die Incarnation dieser Kategorie wurde Ferry verfolgt. Daß bei diesen Beschuldigungen Ehrenmänner von unzweifelhafter Redlichkeit mit ehrlosen Individuen in einen Topf geworfen wurden, versteht sich von selbst, aber in Frankreich ist es gefährlicher als in irgend einem andern Lande, zur Zielscheibe leidenschaftlicher Angriffe zu werden. Das Jahr 1793 hat dafür die schlimmsten Beweise erbracht, und auch 80 Jahre später hat sich der Haß gegen Bazaine gerächt und ihn zum Sündenbock für die Niederlage Frankreichs gemacht. Alfons XII. hat es erfahren müssen, wessen sich das Oberhaupt einer Nation romanischer Rasse als Gast Frankreichs zu versehen hat, wenn er mit Deutschland in guten Beziehungen steht, und Italien ist gegenwärtig in gleicher Lage. Derselbe Gebiet, welcher dem Papstthum durch Einführung des Lammunterrichts in Frankreich einen schweren Schlag versetzte, tauscht heute mit dem Papste Höflichkeiten aus, um Italien dadurch zu verletzen. Wenn sich die Unmöglichkeit zeigt, den nationalen Wünschen Erfüllung zu sichern, dann pflegt im zerrütteten und kranken Staatswesen der unbefriedigte Haß sich in Angriffen gegen das eigene Interesse Luft zu machen, die Parteien und die politischen Gegner, die Vertreter verschiedener Stellungen im öffentlichen Leben und die ehrgeizigen Personen befehden und zerfleischen sich gegenseitig. Dieses Schauspiel bietet gegenwärtig Frankreich der Welt.

Leipzig, 23. November.

* Bedauerlich ist die Thatsache, daß, so lange das neue deutsche Reich besteht, bei einer Volkszählung noch niemals die Muttersprache der Bewohner in den sprachlich gemischten Provinzen und Ländern ermittelt worden ist. Nur im Königreich Sachsen hat stets eine Aufnahme der wendisch redenden Bevölkerung stattgefunden und das Ergebniß geliefert, daß die Zahl der Wenden stetig, wenn auch langsam, zurückgeht. Seit 21 Jahren, seit dem Jahre 1867, hat man nicht mehr ermittelt, wie viel Lithauer, Polen, Czechen, Dänen, Wenden und Wallonen im Königreiche Preußen leben, und im Reichslande Elsaß-Lothringen hat man überhaupt noch nicht die Zahl der Franzosen genau festgestellt. So wissen wir nicht, ob im Sprachgebiete der Lithauer und der evangelischen Masuren in Ostpreußen und in dem der preußischen Wenden heute noch die deutsche Sprache so siegreich vordringt wie von 1843—1867; wir wissen nicht, ob das Deutsche im nördlichen Schleswig und in Oberschlesien Fortschritte gemacht hat; wir wissen nicht, ob einzelne wallonische Dörfer bei Malmedy im Rheinland der deutschen Zunge zugefallen sind; endlich wissen wir nicht genau, wie viel deutsche Katholiken in den letzten 20—30 Jahren polonisirt worden sind. Und doch wäre es von großer Wichtigkeit, in alle diese Verhältnisse Einblick zu gewinnen. In der österreichisch-ungarischen Monarchie hat man bei der Volkszählung von 1880 trotz des Sprachenstreites die Umgangssprache der Bewohner ermittelt und dabei ziemlich richtige Resultate erhalten; nur in Böhmen, Mähren, Krain, im Küstenlande und Ungarn sind, wie nachgewiesen werden kann, die Deutschen bei der Zählung ein wenig zu kurz weggekommen. Im deutschen Reiche würden bei Ermittelung der Muttersprache bei jeder der letzten Zählungen jedenfalls genauere Resultate erzielt worden sein. Hoffentlich bringt uns die Volkszählung von 1890, zu welcher bereits die Vorbereitungen getroffen werden, auch die Aufnahme der Muttersprache im deutschen Reiche, damit endlich neue und genaue Grundlagen für eine im großen Maßstabe herzustellende Sprachenkarte unseres Vaterlandes gewonnen werden. Für die deutsche Colonisation in den Provinzen Posen und Westpreußen dürfte eine solche Sprachenkarte von hervorragender Bedeutung sein.

* Ihre Majestät die Kaiserin Augusta hat, wie schon erwähnt, wiederholt die letzte große Schöpfung ihres hochseligen Gemahls auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtswesens, das Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, durch ein besonders huldreiches Interesse ausgezeichnet. Wie jetzt gemeldet wird, hat Allerhöchstdieselbe nunmehr dem Seminar eine aus einem bedeutenden jährlichen Einkommen bestehende Schenkung zugewendet und dadurch in werkthätiger Weise die Entwickelung der jungen Anstalt gefördert. Nach der Bestimmung der Allerhöchsten Spenderin sollen die betreffenden Mittel für die schriftstellerischen Arbeiten des Seminars verwendet werden.

* Wir bedauern, daß der Bundesrath die Beschlüsse des Reichstags betr. Anträge Hitze-Lohren betr. Arbeiterschutz, nicht angenommen hat, aber wir müssen doch eine Lesung der „Frankfurter Zeitung" niedriger hängen, welche geeignet ist, die politische Wahrheit dieses Bösewerdens zu zeigen. Die genannte Zeitung leistet sich folgenden Satz:

Während es sich in allen Staaten eingebürgert, in Oesterreich, in der Schweiz, in Frankreich, sogar in dem nach dieser Richtung mit ganz verrotteten Zuständen gesegneten Belgien regt, um die gewerbepolizeilichen Bestimmungen immer mehr mit den Anforderungen der Humanität in Einklang zu bringen, verlangt der deutsche Bundesrath dem einzigen schwächlichen Gesetzentwurf seiner Zustimmung, den der Reichstag in seiner Sitzung vom 7. März d. J. zur Herbeiführung einer strengeren gewerblichen Sonntagsruhe zu Stande gebracht hat.

Daß der „Frankfurter Zeitung" unbekannt sein sollte, daß alle diese Staaten nur dem Beispiele Deutschlands in der Socialreform folgen, ist nicht anzunehmen, es ist nur eine der vielen Verdrehungen, mit welchen dieses edle demokratische Organ seinen geduldigen Leserkreis beglückt.

* In der „Coburger Zeitung" vom 20. November lesen wir: „Erst kürzlich ist an dieser Stelle die Unzuverlässigkeit des englischen Blattes „Truth" an einem drastischen Beispiel gekennzeichnet worden. In neuerdings vom „Truth" gebrachten Mittheilungen über den Herzog von Edinburg war das Blatt leidlich besser informirt; das hat aber nicht den Abdruck in deutschen Blättern gehindert und nun läuft wieder die (sonst doch nur in ereignißstillen Wochen ihr Wesen treibende) sogenannte „Coburg-Gothaische Frage" durch die Zeitungen. Wir legen gegen den Ausdruck Verwahrung ein. Was unsicher und zweifelhaft ist, kann durch die Discussion gefördert und aufgeklärt werden; müßig aber ist es, ein unbestrittenes Rechtsverhältniß erst zur „Frage" aufbauschen zu wollen. Es existirt keine „Coburg-Gothaische Frage"."

* Die „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen" meldet aus Avricourt, daß der von französischen Blättern berichtete Zwischenfall, betreffend die Verhaftung eines französischen Bahnhofsbeamten, sich darauf reducire, daß ein französischer Bahnhofsbediensteter in Deutsch-Avricourt am 18. d. wegen Diebstahls verhaftet, am 20. November aber wieder aus der Haft entlassen worden sei.

* Als im Jahre 1882 die Deutschen in Laibach, der Landeshauptstadt Krains, bei den Gemeindewahlen unterlagen, da war es die erste That der neuen slovenischen Gemeindevertretung, die Slovenisirung der sämmtlichen deutschen Stadtschulen anzustreben und schließlich auch durchzusetzen. Von der Regierung wurde die Slawisirung der Schulen unter der Bedingung gut geheißen und genehmigt, daß der Unterricht in der deutschen Sprache nicht vernachlässigt werde und daß die Stadt Laibach eine rein deutsche Schule errichten müsse, sobald eine genügende Anzahl deutscher Schulkinder sich dazu fände. Selbstverständlich giebt es in Laibach, da die Zahl der Deutschen selbst nach der letzten Volkszählung gegen 6000 beträgt, mindestens 800—1000 deutsche Kinder im schulpflichtigen Alter; unsere Stammesgenossen waren aber durch die immer radicaler werdende slovenische Presse und durch den behördlichen Druck so sehr eingeschüchtert, daß sie erst drei Jahre später, 1885, eine rein deutsche Schule zu erstreben wagten. Der slovenische Landesschulrath gab seine Einwilligung zur Errichtung einer deutschen Schule; aber erst dann, nachdem alle Instanzen zu Gunsten der Deutschen entschieden hatten, verstand sich der Laibacher Magistrat zur Eröffnung einer deutschen Knaben- und einer deutschen Mädchen-Volksschule. Inzwischen hatte sich der Wiener Schulverein ins Mittel gelegt und auf eigene Kosten und mit Unterstützung der Laibacher Sparcasse eine zweiclassige deutsche Knabenschule errichtet. Wie nothwendig diese Anstalten sind, geht daraus hervor, daß im neuen Schuljahre, d. h. von Anfang October ab, die erweiterte vierclassige Schule des Schulvereins von 194 Kindern besucht wird und in den beiden städtischen deutschen Schulen 210 deutsche Knaben und Mädchen unterrichtet werden. Sehr viele Kinder konnten aber wegen Mangels an Platz keine Aufnahme finden. Ganz ähnliche Erscheinungen haben sich auch in vielen anderen Orten gezeigt, z. B. in Pilsen (Prager Vorstadt), wo noch czechischen Angaben gar keine deutschen Kinder zu finden sein sollten, während die fünfclassige Schule des deutschen Schulvereins heute von fast 300 Schülern besucht wird, in Halleschowitz, Lieben und Werschowitz bei Prag, wo heute 650 deutsche Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, während die czechischen Behörden 1880 in diesen drei Orten überhaupt nur 402 Deutsche ermittelten, in Josefstadt, Königsgrätz, Paulowitz bei Olmütz, Königsfeld bei Brünn, Königinhof, Böhmisch-Trübau u. s. w., wo heute überall fünf Mal so viel deutsche Kinder geregelten deutschen Unterricht empfangen, als seinerzeit von den czechischen Behörden angenommen wurde.

* Die Ernennung des Generallieutenants Hermann Pancker (vom Ingenieur-Corps) zum Minister für Wege und Verkehrsanstalten in Rußland ist nunmehr publicirt worden.

* Die italienische Deputirtenkammer hat die Vorlage der Regierung, betreffend die Reform des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit, mit 164 gegen 58 Stimmen angenommen. — Im Senate erklärte der Ministerpräsident Crispi bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Communal- und Provinzial-Reform, daß er nach der Beendigung der Debatte über den vorliegenden Gesetzentwurf die Interpellation Corte's über die italienische Politik im Rothen Meere beantworten werde. (Wiederholt.)

Zur parlamentarischen Lage.

* Der Entwurf zum Reichshaushaltsetat pro 1889/90 ergiebt summarisch: Nach Ausscheidung des außerordentlichen Etats von 84 123 882 ℳ verbleiben 864 980 105 Mark Ausgaben mit gleich hoher Deckungssumme bei den ordentlichen Einnahmen. Von Letzteren sind 281 440 000 ℳ als Ueberweisungen an die einzelnen Bundesstaaten aus den Einnahmen an Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinsteuer und Stempelabgaben in Ausgabe gestellt, so daß für den eigenen Haushalt des Reichs 583 540 105 ℳ verbleiben. Darunter sind die Matrikularbeiträge mit 221 140 567 ℳ, das sind 1 765 108 ℳ mehr als im laufenden Etatsjahre, enthalten.

* Im Hinblick auf die Eröffnung des Reichstages weisen einzelne Blätter darauf hin, daß im Laufe der Session wohl das Socialistengesetz zur Berathung kommen könnte, da die nächstjährige Herbstsession die letzte vor den Neuwahlen sein wird und bereits am 21. Februar 1890 abläuft. Dem Vernehmen nach ist jedoch bis jetzt keine Aussicht dafür vorhanden, daß dem Reichstage in der bevorstehenden Session die Frage des Socialistengesetzes vorgelegt wird. Bisher sind wenigstens, wie man hört, an den maßgebenden Stellen irgend welche Schritte in dieser Richtung noch nicht geschehen.

* In den „Hamburger Nachrichten" plaidirt eine, dem Blatte seiner Angabe nach „aus gouvernementalen Kreisen" zugehende Correspondenz für Vornahme der nächsten Reichstagswahl im Herbst 1889, statt im Februar 1890, in folgender Weise:

„In verschiedenen Blättern wird die Meinung vertreten, daß, da die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstags mit dem 21. Februar 1890 abläuft, die Wahlen für den nächsten Reichstag bis zum Januar oder Februar 1890 werden hinausgeschoben werden, daß also noch im Herbst 1889 eine Reichstagssession beginnen wird, die bis zum Januar oder Februar dauern würde. Diese Auffassung erscheint uns unzutreffend. Es würde jedenfalls etwas Mißliches haben, durch Beibehaltung des im Jahre 1887 nur durch außerordentliche Umstände veranlaßten Februar-Termins die Erneuerung des Reichstags für alle Zukunft in eine Zeit zu verlegen, welche nicht nur geeignet, sondern im Hinblick auf den Beginn des Etatsjahres am 1. April geradezu nothwendig ist für ungestörte ersprießliche Arbeit. Soll der Reichsausschlußetat zum 1. April fertig gestellt werden, so würde dies kaum dem im Herbste vorher einberufenen Reichstage möglich sein, da er — um der Wahlbewegung freien Spielraum zu lassen — schon etwa zu Weihnachten geschlossen werden müßte; ebenso wenig würde nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit darauf zu rechnen sein, daß ein am 21. Februar neu zusammentretender Reichstag bis zum 31. März sein Etatspensum absolviren könnte. Den Reichstag aber bis zu dem bezeichneten Februartermin tagen zu lassen, während im Lande die Wahlbewegung ihre Wellen treibt, wird gleichfalls sich nicht empfehlen: Der Reichstag würde dadurch nur zu leicht in die Versuchung gerathen, Wahlreden für die Außenwelt zu halten und in seiner eigentlichen Arbeit gestört werden. Die natürliche Wahlzeit ist bei den bestehenden Einrichtungen der Herbst, und auf diese Zeit wird auch für die Reichstagswahlen wieder zurückgegriffen werden müssen. Bis zum Herbst 1890 hiermit zu warten, ist aber nicht angängig, weil das Mandat des gegenwärtigen Reichstages schon mit dem 21. Februar 1890 abläuft. Demgemäß würde weiter nichts übrig bleiben, als die Neuwahlen schon im Herbst 1889 vornehmen zu lassen. Beschlüsse in dieser Richtung sind begreiflicher Weise noch nicht gefaßt, aber das Zutreffende der vorstehenden Erwägungen liegt doch wohl für Jedermann auf der Hand. Ist dem so, dann würde die jetzt beginnende Session die letzte in der gegenwärtigen Legislaturperiode sein, wie sie thatsächlich auch schon die dritte Session ist. Für diesen Fall würde es auch überflüssig sein, schon in der bevorstehenden Session, wie ein Blatt empfiehlt, für die weitere Regelung der Socialistenfrage zu sorgen. Das Socialistengesetz läuft mit dem 30. September 1890 ab, kann also von einem im Herbst 1889 gewählten Reichstag in aller Ruhe und ohne Ueberhastung zur Erörterung gestellt werden."

* Die Gründe des bei den jüngsten preußischen Wahlen zu Tage getretenen Rückganges der deutschfreisinnigen Partei sind in deren eigenen Presse in den letzten Tagen vielfach erörtert worden. „Wie wenig aber eine wirkliche Einsicht und Einkehr obwaltet, das zeigt sich wieder (so führt die „Nationalliberale Correspondenz" aus) gelegentlich der Stichwahl in Melle-Diepholz, wo ein nationalliberaler und ein welfischer Candidat sich gegenüber stehen. Der letztere ist nichts als ein feudaler agrarischer Junker von der reactionärsten Sorte, dessen Wahl lediglich eine feindselige Demonstration gegen die Zugehörigkeit der Provinz Hannover zum preußischen Staat darstellen würde. Gleichwohl treten deutschfreisinnige preußische Blätter offen oder versteckt für die Unterstützung dieses Candidaten ein; ein giftiger Artikel der „Frankfurter Zeitung", der die Wahl des Welfen empfiehlt, findet auch in Altpreußen Blätter, die „voll und ganz" sich damit einverstanden erklären; die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Richter hat mit wiederholten Ausfällen gegen Herrn Dr. Sattler ihren Gesinnungsgenossen deutlich genug den Weg vorgezeichnet, den sie beschritten zu sehen wünscht, und auch in gemäßigteren Fortschrittsblättern haben wir nirgends einen Widerspruch gegen dieses unglaubliche Treiben bemerkt. Es fällt uns nicht ein, um die deutschfreisinnige Unterstützung in diesem einzelnen Wahlkreis zu „betteln", wie uns vorgeworfen worden ist. Im Gegentheil. Herr Dr. Sattler wird sich zu trösten wissen, wenn er ein Jahr lang dem deutschen Reichstag fern bleibt. Wenn wir das Parteiinteresse in den Vordergrund schieben wollen, müssen wir wünschen, daß die Deutschfreisinnigen in jenem Wahlkreise den Welfen durchbringen helfen. Wir sammeln Material für die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen, und da könnte das Verhalten der Deutschfreisinnigen in Melle-Diepholz ein werthvolles Stück werden, ebenso wie die Machenschaften mit den Polen bei den jüngsten Landtagswahlen. Noch einige solcher Thaten mehr, für die Herr Richter schon sorgen wird, und wir können den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen in freudigster Stimmung entgegensehen. Herr Richter fängt bei Zeiten an, Niederlage Nr. 5 zu organisiren."

Colonialpolitisches.

* Wie aus Lissabon vom 19. d. mitgetheilt wird, ist Portugal der Einladung, mit Deutschland und England an der Unterdrückung des Sclavenhandels an der Küste Ostafrikas mitzuwirken, gefolgt. Dabei wird jedoch im Princip vorausgesetzt, daß die Blockade sich auch über einen Theil der Küste der Provinz Mozambique erstrecken werde. Auch die portugiesische Regierung ist gesinnt, die Einfuhr und Ausfuhr von Waffen an den fraglichen Küsten zu verhindern. Obwohl in Bezug auf die Grundlagen, auf welche sich das Uebereinkommen mit Portugal stützen soll, zur Zeit nichts festgestellt ist, so ist doch so viel sicher, daß die portugiesische Regierung eintretenden Falls ihr Geschwader an der Küste von Mozambique verstärken wird. Dieses Geschwader wird dann aus den drei Corvetten „Alfonso de Albuquerque"

Alle anderen weise man als Nachahmungen zurück.